

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

Band: 92 (2012)

Heft: 1000

Artikel: Starker Tobak für Stimmbürger

Autor: Kley, Andreas

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-735501>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Starker Tobak für Stimmbürger

Volksinitiativen zu lancieren, die auf die Bundesverfassung zielen, ist stark in Mode gekommen. Das Vorgehen verspricht Aufmerksamkeit. Einige völkerrechtlich fragwürdige Volksinitiativen haben nun Bundesbehörden und Rechtswissenschaft dazu bewegt, sich zu fragen, ob der souveräne Stimmbürger nicht doch in die richtige Richtung zu lenken sei.

Der Bundesrat liess 2011 in der unverdächtigen Form eines Berichts die Idee verlaufen, dass das Initiativkomitee für eine Verfassungsinitiative künftig einen Vermerk betreffend Völkerrechtskonformität anzubringen habe. Er gab auch gleich das Beispiel einer solchen Formulierung: «Nach Auffassung vom Bundesamt für Justiz und Direktion für Völkerrecht verletzt die Volksinitiative völkerrechtliche Verpflichtungen der Schweiz; sie wäre jedoch nicht für ungültig zu erklären, weil sie keine zwingenden Bestimmungen des Völkerrechts verletzt.» Die Stimmbürger nähmen also anlässlich der Unterschriftensammlung des Komitees zur Kenntnis, dass das vorgeschlagene Anliegen entweder harmlos (grün) sei, gewöhnlich völkerrechtswidrig (gelb) oder gar dem zwingenden Völkerrecht widerspreche (rot). Vernünftig? Nun, der Bundesrat bringt die Stimm situation in einer Metapher auf den Punkt: Der unterschriftswillige Stimmbürger steht vor einer Ampel, die ihn zum richtigen Handeln weist.

Blosse Aufklärung? Der geneigte Leser dürfte sich an die obligatorischen Warnhinweise auf den Zigarettenpackungen erinnern fühlen, die dem Raucher die Gefahr seines Tuns vor Augen führen. Die entsprechende Verordnung über die kombinierten Warnhinweise enthält total 42 unterschiedliche Warnhinweise, die zum Teil äusserst drastisch sind und darauf abzielen, auch die hartnäckig Unbelehrbaren zum richtigen, d.h. gesunden Leben zu bekehren.

Die Analogie lässt sich weitertreiben. Das völkerrechtswidrige Abstimmen ist ja in der Tat nichts anderes als ein ungesunder politischer Genuss. Während der Raucher gleich ganz aufhören soll mit seinem Laster, da es um Leben und Tod geht, soll der

Fachpersonen helfen Ihnen,
das völkerrechtswidrige
Stimmen aufzugeben.



Andreas Kley

ist Professor für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte sowie Staats- und Rechtsphilosophie an der Universität Zürich.

Stimmbürger nur noch bei auf Grün gestellter Ampel unterschreiben und auf gesundes politisches Leben getrimmt werden.

Am Anfang gab es auf den Zigarettenpackungen keine Warnhinweise, es gab bloss Aufklärungskampagnen auf anderen Kanälen. Später standen da sanfte Hinweise auf den Packungen, und heute sind es drastische Warnungen: «Rauchen kann zu Durchblutungsstörungen führen und verursacht Impotenz.» Diese Warnungen sind angesichts der erwiesenen Gesundheitsschädigungen heute allgemein akzeptiert. Doch ein wesentlicher Teil der Bevölkerung raucht davon unbeeindruckt weiter. Was ist das? Das ist Freiheit.

Der Bundesrat könnte verordnen, dass Volksinitiativen künftig mit echten Warnhinweisen versehen werden, damit der unbedarfe Stimmbürger keine ungesunden Volksinitiativen unterschreibt. «Schützen Sie Kinder, stimmen Sie nicht in ihrer Anwesenheit völkerrechtswidrig.» – «Völkerrechtswidrig stimmen macht sehr schnell abhängig.» – «Das Risiko, einen Schlaganfall zu bekommen, ist 50 Prozent höher bei völkerrechtswidrig Stimmen.» Der Staat zeigt damit, dass er nur das Beste für seine Bürger will und ihm ihr Stimmleben am Herzen liegt. Bleibt die Frage: Wie würden die Stimmberechtigten auf so viel behördliche Fürsorge reagieren – wie die Raucher mit einem «Jetzt erst recht»?

So weit sind wir noch nicht. Der 2011 vorgeschlagene Ampel-Hinweis auf den Unterschriftenbögen hat aber den Charakter einer Bevormundung: «Sie können es schaffen, wir helfen Ihnen dabei.» Oder besser: «Politische Fachpersonen helfen Ihnen, das völkerrechtswidrige Stimmen aufzugeben.» Die bislang angenommenen völkerrechtswidrigen Initiativen sind zweifellos ein Problem. Dieses ist freilich nicht so gross, dass eine von politischen Fachpersonen gestellte Ampel die Stimmbürger steuern müsste. Solches ist einer Demokratie unwürdig. Denn diese ist so unvernünftig, den Stimmbürgern zuzutrauen, vernünftig zu entscheiden. ◀